

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Monatlich durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 43

Altensteig, Dienstag, den 21. Februar 1933

56. Jahrgang

### Eine Drohung an Württemberg

Dresden, 20. Febr. Die NSDAP veranstaltete am Sonntag in dem Zielgebäude eine große Wahlkundgebung. Als erster Redner ergriff Prinz August Wilhelm das Wort. Er wies zunächst darauf hin, daß der Führer der Bewegung, Adolf Hitler, am 5. März dem Volke nochmals Gelegenheit geben wollte, sein Schicksal selbst zu wenden. Jetzt gelte es, alle die guten Willens sind zur gemeinsamen Arbeit zusammenzuführen. Nach dem gemeinsam gelungenen Sieg „O Deutschland hoch in Ehren“ ergriff Reichsminister des Innern Dr. Fric das Wort. Er führte u. a. aus: Man habe in den letzten Tagen Staatspräsident (gemeint ist damit Dr. Brüning) und Polizeiverwaltung eines Landes es für richtig angesehen, den Aufruf der Reichsregierung als präventives, inhaltloses Nachwort zu bezeichnen, und bald darauf wurde die Uebertragung der Rundfunkrede des Reichskanzlers gehört. Auch ließ eine Landesregierung es zu, daß in einem marxistischen Platonianismus einem aktiven Reichsminister wider besseres Wissen Kriegsbroschüren vorgeworfen wurde. Diese Landesregierung wird sich nicht wundern dürfen, wenn die Reichsregierung die entsprechenden Folgerungen ziehe und dann die Autorität dieser Landesregierung Gefahr liefe. Das will ich im Bewußtsein meiner Verantwortung als Reichsminister ausgedrückt haben.

Ueber diese Wahlkundgebung in Dresden wird noch berichtet:

Schließlich begrüßte ergriff darauf Reichsinnenminister Dr. Fric das Wort: Dieser letzte Wahlgang müsse eine überwältigende Mehrheit für die Reichsregierung Adolf Hitler erbringen. Sollte dies nicht erreicht werden, so werde dennoch das Rettungswort an das deutsche Volk und nicht fortgesetzt werden. Nicht auf Programme komme es an, sondern auf den Willen und die Kraft zur Tat. Dr. Fric beschäftigte sich dann mit den Versuchen gewisser Landesregierungen, der Politik der Reichsregierung Widerstand zu leisten. Eine Regierung, die aus parteipolitischen Gründen die Autorität der Reichsregierung herabzusetzen versuche, dürfe sich nicht wundern, wenn die Reichsregierung die Folgerungen daraus ziehe und die Autorität dieser Landesregierung Schaden erleide. Ueber den Rechten der Länder steht das Recht des deutschen Volkes, zu leben. Die marxistische Regierung in Preußen ist befehligt und sie bleibt befehligt. Auf einen Jurist: „Und Sachjen?“ fügte der Minister hinzu: „Wir werden die Entwicklung in allen Ländern beobachten und wo Veranlassung gegeben ist, die notwendige Kraft haben, durchzugreifen.“ Wenn das Zentrum jetzt auf die Nationalsozialisten höre, so müsse daran erinnert werden, daß diese Partei durch die Entwicklung der letzten 14 Jahre belastet sei. Vor allem müsse man sich dagegen verwahren, daß der Kampf vom Zentrum auf die falsche Ebene eines Kulturkampfes verschoben werde. Demgegenüber genüge es wohl, darauf hinzuweisen, daß an der Spitze des Kabinetts ausgerechnet zwei Katholiken ständen: Hitler und Papen.

Voraussetzung für den Erfolg auch der wirtschaftlichen Neugestaltung sei in erster Linie die geistige, seelische und willensmäßige Umstellung des deutschen Volkes im Sinne der Ausübung seines nationalen Willens und seines Freiheitswillens. Zunächst aber müßten die Feinde des deutschen Volkes, die im Volke selbst lägen, unschädlich gemacht werden. Es müsse ein Gleich geschaffen werden, wonach Landesverrat ohne weiteres mit dem Tode bestraft werde. Das werde der Anfang der Gesundung sein. Die Regierung sei nicht gewillt, die harte Führung der Reichspolitik durch irgend welche parlamentarischen Querschnittsbereiten sabotieren zu lassen.

Nach der Kundgebung im Zirkus Sarrasani begab sich Dr. Fric mit dem Flugzeug nach München.

Das „Deutsche Volkblatt“, das dem Staatspräsidenten Brüning nahesteht, findet, daß der Reichsminister des Innern mit seinen Ausführungen ein Eingreifen der Reichsregierung in die Rechte der württembergischen Landesregierung angeht und daß, und an einer solchen Drohung dürfe man nicht vorbeigehen. Das Zentrumblatt erklärt, daß von einem marxistischen Plakat und von einer Beschwerde darüber an den zukünftigen Stellen nichts bekannt sei. Dr. Brüning habe nicht als Staatspräsident, sondern als Zentrumsführer gesprochen. Dann heißt es: Wir warnen mit aller Deutlichkeit vor Plänen, die gegen Recht und Verfassung wären und die sich auf Begründungen stützen wollen, die in den wirklichen Verhältnissen unseres Landes keine Stütze finden. Schon das schroffe Vorgehen gegen die Beamten der Reichspost zeigt, daß Württemberg auf den Berliner Kommando anders reagiert, als man dort anzunehmen scheint.

#### Die württembergische Regierung zur Rede des Reichsinnenministers

Stuttgart, 20. Febr. Von unabhängiger Seite wird mitgeteilt: Die württembergische Regierung hat sich mit dem Reichsinnenminister wegen des auf Württemberg bezüglichen Teiles seines Dresdener Rede in Verbindung gesetzt, um zunächst klarzustellen, was der Inhalt der Ausführungen war. Schon jetzt kann gegen

über den in der Presse veröffentlichten Nachrichten festgestellt werden, daß bei der Übertragung der Kanzlerrede kein Verstoß der württembergischen Polizei vorliegt. Die württembergische Regierung kann also nicht verantwortlich gemacht werden. Sollte sich auch der Vorwurf wegen eines Plakats mit beleidigendem Inhalt gegen einen Reichsminister auf Württemberg beziehen, so sei festgestellt, daß beim Polizeipräsidium Stuttgart trotz eifriger Nachforschungen von einem solchen Plakat nichts ermittelt werden konnte. Weder beim Polizeipräsidium Stuttgart noch beim Innenministerium sind irgend welche Beschwerden wegen eines Plakats eingelaufen.

### Ueber die Aufgaben der nationalen Regierung

Homburg, 20. Februar. In einer Wahlkundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sprach hier heute abend der Deutschnationale Dr. von Frentag-Loringhoben über die Aufgaben der Regierung der nationalen Konzentration, als deren Hauptziele er die Wiederbelebung der Wirtschaft, die innere Säuberung und die Stärkung nach außen bezeichnete. Nachdem er kurz auf die bekannte Einstellung der DNVP zur Frage der Neuwahlen verwiesen hatte, gab er seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Freundschaft, die heute Deutschnationale und Nationalsozialisten verbinde, von Dauer sein werde. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab der Redner einen eingehenden Rückblick auf die Tätigkeit der letzten deutschen Kabinette, wobei er vor allem an der Tätigkeit des letzten Kanzlers Kritik übte. Der Dank des nationalen Deutschlands, betonte er dann weiter, gelte Hitler, weil er keinen Anspruch auf Totalität erhoben habe, Selbste, weil er keinen Stahlhelm in die Politik führte und Hugenberg, der alle Bedenken zur Seite stellte, als er in ein Kabinett trat, das den Namen eines Jüngeren trage. Als Ziel der Politik des Reichswirtschaftsministers nannte der Redner die Schaffung eines Ausgleiches. Das Schwerkgewicht liege heute nicht mehr im Export. Eine Wirtschaftspolitik, die allen gerecht werde, sei wohl möglich. In der inneren Säuberung gelte es konsequent zu sein und nicht zurückzuführen. Zum Schluß verwies der Redner darauf, daß nationale Außenpolitik nur möglich sei, wenn die Wehrbereitschaft Deutschlands wieder erreicht sei.

### Förderung der nationalen Bewegung

Berlin, 20. Febr. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das preussische Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, an alle Polizeibehörden am 17. Februar einen Rundbrief gerichtet, in dem es heißt:

Ich glaube, mit einem besonderen Hinweis darauf ersparen zu können, daß die Polizei auch nach den Ansichten einer leidenschaftlichen Haltung oder gar den Einbrüche einer Verleumdung gegenüber nationalen Verbänden (SA, SS und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden hat. Ich erwarte vielmehr von sämtlichen Polizeibehörden, daß sie zu den genannten Organisationen, in deren Kreisen die wichtigsten staatsaufbauenden Kräfte enthalten sind, das beste Einverständnis herzustellen und unterhalten. Darüber hinaus ist jede Verbindung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen. Von polizeilichen Beschränkungen und Auflagen darf insoweit nur in dringenden Fällen Gebrauch gemacht werden. Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Gegen kommunistische Terrorakte und Ueberfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten aus der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauches von mir gedeckt; wer hingegen in fälschlicher Rücksichtnahme verhandelt, hat dienstrechtliche Folgen zu erwarten. Der Schutz der immer wieder in ihrer Betätigung eingesetzten Bevölkerung erfordert die schärfste Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen verbotene Demonstrationen, unerlaubte Versammlungen, Kundgebungen, u. a. Förderung zum Hoch- und Landesverrat, Waffenversteckung, Besesseltum und des sonstigen strafbaren Treiben der Ordnungsfürer. Jeder Beamte hat sich stets der Augen zu halten, daß die Unterlassung einer Maßnahme schwerer wiegt als begangene Fehler in der Ausübung.

### Dr. Dingeldey über die Lage

Darmstadt, 20. Febr. Die Deutsche Volkspartei Hessen hielt in Darmstadt einen Landesparteitag ab, bei dem der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dr. Dingeldey, die Politik der Deutschen Volkspartei unter dem Motto darlegte: „Klarer Kurs in verorröterter Zeit.“ Wenn das Deutsche Reich auf dem Wege der Weimarer Verfassung nicht gerettet werden könne, dann müsse es Sache der obersten Führung des Reiches sein, durch Männer ihres Vertrauens Wege zu bahnen, die ins Freie führen könnten. Der nationale Staat der Entfaltung des deutschen Namens könne aber nur erfolgreich sein, wenn es gelänge, alles was an lebendigen nationalen Kräften vorhanden sei, zusammenzufassen. Die Volkspartei habe sich hinter Herrn von Papen gestellt. Leider sei der Versuch einer Bildung eines großen christlich-nationalen Blocks an der Haltung der Deutschnationalen gescheitert. Der Sieg der nationalen Front gegen den vereinigten Marxismus, gegen Zentrum und Bayerische Volkspartei, könne nur erlangt werden durch die Verbindung aller irgendwie erreichbaren nationalen Kräfte. In einem Teil seiner Ausführungen wandte sich Dr. Dingeldey auch gegen die Regierung und gegen die hinter ihr stehenden Parteien. Dr. Dingeldey betonte am Schluß, daß die Deutsche Volkspartei als einzige politische Mannschaft von sich sagen könne, daß sie die Gardetruppe des Generalfeldmarschalls zu allen Zeiten und in allen politischen Lagen gewesen sei. Weder die Farben Schwarz-Weiß-Rot noch den Namen Hindenburg könne jemand ihr nehmen.

### Eine Rede Düsterbergs

Halle, 20. Febr. In der von 140 Stahlhelmern besuchten Jahreshauptversammlung des Hauses Halle-Land des Stahlhelms sprach der zweite Bundesführer, Oberleutnant a. D. Düsterberg, über die Aufgaben des Stahlhelms in diesem Jahre. Der Stahlhelm bedauere die Neuwahlen und das Nichtzustandekommen einer Einheitsliste. Nachdem sich die nationalen Kräfte außerhalb der NSDAP zur Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zusammengeschlossen haben, komme es darauf an mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die Zukunft des Reiches wieder Schwarz-Weiß-Rot werden könne. Der Ausgleich zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, Arbeiterchaft und Handel müsse und könne gefunden werden. Die heutige Verfassung könne einem so bedrohten Deutschland in Mitteleuropa nicht auf die Dauer genügen. Wollen wir so fragte der Redner, an Paragrafen zugrunde gehen? Die Verfassung von Weimar habe zugunsten einer internationalen Einstellung und unraler Rechte verlegt. Die Wirtschaftspolitik werde, von der unbedingten Sicherstellung der Ernährung aus der eigenen Sohle ausgehend, die neue Gliederung einer freien, aber staatlich beaufsichtigten deutschen Wirtschaft herbeiführen müssen.

### „Die Parteien müssen sterben, damit Deutschland leben kann“

Bei einer Wahlkundgebung der „Nationalen Front“ in Pforzheim machte der Landtagsabgeordnete Dr. Schmitt-Denkner folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Was ist uns die Partei? Nur ein Werkzeug; mehr nicht. Heute freuen wir uns, daß endlich der Zusammenschluß zur nationalen Front gelungen und die Entscheidung gefallen ist. Hitler, hinter dem die vielen Millionen der Nationalsozialisten stehen, nimmt mit Recht die Führung in Anspruch, nachdem er als erster im Jahre 1918 die nationale Bewegung in den unteren Schichten des Volkes gegründet und mit deren Hilfe zum Siege geführt hat. Der Redner gab jedoch einen Rückblick auf die nationale Arbeit und Opposition der Deutschnationalen. Die Richtung sei immer klar gewesen, während die Parteien der Mitte unter Führung des Zentrums in 14 Jahren immer mehr nach links abgedröckelt seien. Das Zustandekommen der nationalen Front, so betonte der Redner, ist keine Kleinigkeit und nur durch die harte Hand Hindenburgs möglich gewesen. In diesem Zustandekommen liegt die gleiche Stärke und das gleiche Gewicht wie seinerzeit in der Vereinigung von Nord und Süd unter Bismarcks harter Faust, nachdem man sich noch kurz zuvor die Schädel eingeschlagen hatte. Immer ist es so an entscheidenden Punkten in der deutschen Geschichte gewesen. Auf dem Spiel steht heute: ob Deutschland jetzt durch die nationale Front den richtigen Weg finden, oder ob es im Bolschewismus untergehen wird. Man kann heute nur noch zweierlei wählen: entweder Kommunismus oder „Nationale Front“. Es gibt auch keine einzelnen nationalen Parteien mehr, sondern allein die nationale Bewegung. Die parteienmäßigen Gegensätze in ihr sollen nicht geleugnet werden. Hindenburg und Hitler, Hugenberg und Hindenburg, Hitler und Hugenberg — seien gewiß strenge Gegensätze. Aber Deutschland kann nicht allein „nationalsozialistisch“ und nicht allein „deutschnational“ gesund werden. Darum können und müssen Gegensätze auch hier — wie es im Dasein und im Naturleben vielfach aus vor Augen gestellt ist — fruchtbar werden. Mit gesteigerter Stimme rief der Redner aus: „Wenn die Kerle in der Regierung wirkliche Kerle sind, dann darf Hitler nicht und Hugenberg nicht das Vaterland an eine einzelne Partei verraten!“ In der Hand Hugenberg's, fuhr der Redner fort, die wichtigsten Kreier der Wirtschaftsführung vereinigt. Hugenberg, der „loyale Reaktionsär“, habe beim Bauernstand angefangen, das Werk der Gesundmachung durchzuführen; wie richtig allein dieser Anfang ist, das müßte man gerade in einer Industriestadt anzuerkennen wissen.



Dann wandte sich der Redner dem Ruf der neuen Reichsregierung zu, der drei wesentliche Punkte enthält: die Wiederherstellung der geistigen und willensmäßigen Einheit unseres Volkes, — den Vierjahresplan — und die Überwindung der kommunistischen Zerschlagung. Jeder soll vor der Wahl am fünften März den andern Volksgenossen fragen, ob er die drei Punkte wolle — und wenn, dann soll und muß der andere auch die nationale Front wählen. Wählt er aber immer noch eine der „erbärmlichen Splitterparteien“, so handelt er nicht anders, als wenn er gleich kommunistisch wählt. Eine Politik der Mitte gibt es nicht mehr. Die Deutschnationalen haben — auch wenn um der größeren Stimmkraft beider nationalen Parteien willen keine Einheitsliste im Wahlkampf zustande gekommen ist — ihren Namen aufgegeben, damit alle, alle kommen können, die das Vaterland und die Nation retten wollen, auch die, welche nicht parteimäßig „deutschnational“ sein wollen. Die Deutschnationalen wollen keinen Parteienegoismus mehr, sie wollen die große Bewegung für die Nation. An den Schluß seiner Ausführungen stellte der Redner das Mahnwort für den 5. März: Die Parteien müssen zerbrechen, damit Deutschland leben kann! — Die Ausführungen des Redners waren oft von Bravo- und Beifallsrufen unterbrochen. Am Schluß dankte man ihm förmlich.

### Dr. Brüning in Kaiserslautern

Schwere politische Zusammenstöße

Kaiserslautern, 20. Februar. In zwei großen Wahlversammlungen der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums sprach heute abend der frühere Reichkanzler Dr. Brüning.

Er wandte sich dagegen, daß man sage, die früheren Regierungen hätten einen Trümmerhaufen hinterlassen und wies dabei auf seine Politik in der Reparationsfrage, seine Finanzpolitik und seine Stellung zur Frage der Rüstungsgleichheit hin. Durch die harten Maßnahmen seiner Regierung sei erreicht worden, daß die deutsche Wirtschaft als erste bei der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts der Welt die größten Chancen für den Erfolg im friedlichen Ringen der Welt hat.

Wir ruhen auf, erklärte Dr. Brüning zum Schluß, zur Fortsetzung des Kampfes für die Freiheit und für die Rechte des Volkes, für die Freiheit der Meinungsbildung, für eine gemäßigte und vernünftige Demokratie. Wir kämpfen für unsere christlich-nationale Politik. Wir wollen den Frieden im Volk und die Freiheit des Bürgers, denn auf dieser Grundlage allein läßt sich die Befreiungspolitik fortführen und ein glückliches und freies Vaterland wiedererobern.

Kaiserslautern, 20. Februar. Nach der Wahlversammlung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, in der Reichkanzler a. D. Dr. Brüning gesprochen hatte, kam es am Montagabend in Kaiserslautern zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und den als Saalschutz tätigen Mitgliedern der Palzwehr. Bei diesen Zusammenstößen gab es einige Schwerverletzte. 19 weitere Mitglieder der Palzwehr haben leichtere Verletzungen davongetragen.

Kaiserslautern, 21. Februar. Von der Polizeidirektion Kaiserslautern wurde heute früh mitgeteilt, daß drei schwerverletzte Mitglieder der Palzwehr im Krankenhaus noch in Kurze liegen. 11 Personen sind leichter verletzt, darunter zwei SA-Leute. Ein amtlicher Polizeibericht ist noch nicht ausgegeben.

Bis nach Mitternacht war die ganze Stadt in heller Aufregung. Wegen der Gefahr neuer Zusammenstöße wurde Dr. Brüning unter sehr starker Bedeckung nach Mannheim geleitet, von wo er sofort mit dem Berliner Schnellzug weiterfuhr.

### Eine Wahlrede Löbes

Magdeburg, 20. Februar. Der frühere Reichstagspräsident Löbe sprach heute in einer Rundgebung der SPD. Er zeigte die Leistungen der Sozialdemokratie in den letzten 14 Jahren auf und betonte, wenn man den Sozialdemokraten die Schuld an der heutigen Lage zuschreibe, vergesse man, daß die Wirtschaftsführer die Krise auch nicht hätten meistern können, und diese Wirtschaftsführer seien gewiß keine Marxisten. Zum Schluß erklärte Löbe zur Frage einer Großen Einheitsfront wörtlich: Ich möchte in dieser Stunde kein Wort sagen, das Proletariat auseinander führen kann. Ich rufe aber den Kommunisten zu: Sorgt dafür, daß ihr den Kampf nicht mehr gegen uns, sondern mit uns führt.

### Rundgebung der NSDAP in Berlin

Berlin, 20. Februar. Die NSDAP veranstaltete heute abend in der überfüllten Tennishalle in Wilmersdorf eine Wahlversammlung. Dr. Göttsche erklärte in seiner mit begeistertem Beifall aufgenommenen Rede, mit dem 30. 1. habe eine neue Epoche in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands begonnen. Die Partei habe jetzt die Pflicht, eine Reform an Haupt und Gliedern am deutschen Volkstörper vorzunehmen. Es müsse jetzt ganze Arbeit geleistet werden, denn mit kleinen Behelfsmitteln könnten die Schäden der vergangenen Zeit nicht abgestellt werden. Die nationalsozialistische Partei sei nicht demagogisch genug, um einen Aufbau auf kurze Sicht zu versprechen. Aber sie werde die Macht wegen ihrer Jugend so lange in den Händen behalten, bis die Partei die Aufgabe, die sie sich gestellt habe, voll und ganz erfüllt habe.

### Mergenthaler gegen Bolz

Finanzminister Dr. Dethinger sprach am Samstag in einer deutschnationalen Versammlung in Plochingen. Er gab dabei seiner Befriedigung Ausdruck, daß nun wieder eine nationale Regierung an der Spitze des Reiches stehe. Sie zu berufen sei höchste Zeit gewesen, denn wir hätten tief vor dem Abgrund. Der Reichstag werde nicht ausgeschlossen, sondern beschränkt auf seine eigentlichen Aufgaben der Gesetzgebung und Kontrolle der Verwaltung, wie sie im Reichshaushaltsplan zum Ausdruck kommt. Der 5. März soll eine Neuwahl für absehbare Zeit überfällig machen. Die Erhöhung der Holzpreise habe für die württembergischen Waldbesitzer eine besondere Bedeutung. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei kämpften um ihre Schlüsselstellung.

In einer demokratischen Wahlversammlung in Kirchheim a. T. sprach am Sonntag Wirtschaftsmann Dr. Maier. Er erklärte, daß bei der Stichphasezeit auch dem Kriege keine Vorbeuten zu holen waren. Für die Aufbauarbeit haben deutsche Politiker ihre letzte Kraft hingegeben. Haarscharf mit dem Tag der Räumung des Rheinlandes fällt der Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung zusammen. Haarscharf mit dem Zeitpunkt, in dem die Reparationen verschwanden, meldet sich auch die Reaktion wieder, die Kreise, die im Jahre 1918 die Verantwortung freudlichst anderen überließen.

Bei einer Rundgebung der NSDAP in Ludwigsburg sprach am Sonntag Landtagspräsident Mergenthaler der laut Ludwigsburger Zeitung ausführte: Mäße der 5. März ausfallen wie er wolle, wir haben die Nacht und werden an der Nacht bleiben. Wenn das Zentrum und mit ihm Staatspräsident Dr. Bolz schließlich fragen wollten, was das Programm der Nationalsozialisten sei, so habe er zu erklären, daß diese Herren nach dem 5. März einmal fragen werden „Herrgott, ist denn Euer Programm noch nicht zu Ende?“ Der Redner besaßte sich dann des näheren mit der Antwort des Herrn Bolz an Hitler, und sagte, dieser habe, als er von einem überirdischen Geist von Potsdam zu sprechen sich erklärte, den Franzosen das Stichwort zur Anerkennung der Kriegsschuldfrage gegeben. Innenpolitisch gesehen, könne man solche Reden ja nur begreifen, weil dann auch der Dummste allmählich erkennen müsse, daß nach dem 5. März auch in Württemberg eine „Säuberung“ unumgänglich notwendig sei.

In Reutlingen erklärte Landtagspräsident Mergenthaler am Sonntag, daß der General Schleicher einmal die Schuld treffe, daß das neue Deutschland ein Jahr später an die Macht gekommen sei. Er sei es gewesen, der damals den Reichswirtschaftsminister Brüning aufgestellt habe, die SA und SS zu verbieten. Dann habe er nicht nur Brüning, sondern auch Brüning gestürzt und sich an dessen Stelle gesetzt. Das Zentrum sei schuld, daß in Württemberg keine verfassungsmäßige Regierung möglich sei. Die NSDAP wolle die Katholiken nicht unterdrücken. Sie wolle auch nicht den christlichen Sozialisten oder Kommunisten den Schädel einschlagen, sie werde um diese Menschen ringen, um sie dem heutigen Staate zuzuführen. Weiter erklärte der Redner, niemand werde die NSDAP abhalten, die Draltheimer und Großgauer nur ein Volksoberhaupt zu stellen. Jeder Versuch eines Generalkrieges würde durch die Reichswehr, die SA und SS, im Keime erstickt.

### Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei

Hindenburg hat das deutsche Volk zum Kampf für die Erringung einer nationalen Mehrheit aufgerufen. Die Deutsche Volkspartei folgt seinem Rufe. Sie hat sich seit Jahren dafür eingesetzt, daß die Rettung des deutschen Volkes aus seiner Not durch die Zusammenfassung und den Einfluß aller nationalen Kräfte vollbracht werden muß. Sie kämpft deshalb auch jetzt entschlossen für die Erringung einer starken nationalen Mehrheit.

Zur Durchsetzung dieses Zieles war die Deutsche Volkspartei zu einem Zusammenschluß aller national-bürgerlichen Kräfte bereit. Die Deutsche Volkspartei bedauert aus vaterländischen Gründen, daß ein solcher Wahlblock an dem deutschnationalen Parteiwiderstand gescheitert ist und einer parteiweisen Lösung hat weichen müssen.

Wenn sich der deutschnationale Kampfblock jetzt auf Hindenburg beruht und die schwarz-weiß-rote Fahne ansieht, so stellen wir fest, daß die schwarz-weiß-rote Farbe die unseren seit der Gründung der Deutschen Volkspartei ist. Sie stellen unversändert unser Parteisymbol und geben zu erkennen, daß wir in unversänderlicher Treue zu den Idealen stehen, deren Symbol die alte schwarz-weiß-rote Fahne des deutschen Vaterlandes war und ist.

Unbeteiligt durch engen Parteigeist gehen wir in den Wahlkampf in einem christlich-nationalen Block, um durch die Listen der Deutschen Volkspartei für eine nationale Mehrheit zu kämpfen.

Grundsätzlich tritt die Deutsche Volkspartei für die klare Wiederherstellung der Privatwirtschaft ein, deren Träger allein in der Lage sind, den Arbeitslosen in unserem Volke neue Arbeit zu schaffen.

Die Sicherung der Währung und die Wiederherstellung des Kreditvertrauens sind die unerlässlichen Voraussetzungen jeder erfolgreichen Wirtschaftsführung. Wir lehnen deshalb alle Währungsversuche ab, die den Sparern ruinieren und der Wirtschaft den Kredit verkürzen.

Dem Mittelstand muß durch Wiederherstellung des Reallohns und durch Beseitigung der Hauszinssteuer zu neuer Lebensfähigkeit verholfen werden. Auch die Landwirtschaft kann nur, wie alle anderen Erwerbszweige, aus dem Ertrag und nicht aus der Substanz Steuern zahlen.

Die Deutsche Volkspartei tritt dafür ein, daß auch nach dem 5. März die sozialen Rechte der Arbeitnehmer unter Ausschluß des anfechtbaren Mißbrauchs der sozialen Einrichtungen sichergestellt bleiben und daß der Berufsbeamten in seiner Existenz und in seinem Fortkommen nicht durch Parteibuch-Bonzenstum bedroht wird.

Der Schutz der nationalen Kultur ist uns gleichbedeutend mit dem Schutz der schaffenden Kräfte der sittlichen Persönlichkeit. Ein starkes Deutschland, fest gegründet auf christlicher Erziehung und Familie, ist für uns ohne Wahrung der Gewissensfreiheit nicht denkbar.

Wir lehnen den Parteistaat mit seinen Diktaturgefahren ebenso ab, wie wir den Klassenstaat stets bekämpft haben und bekämpfen werden.

### Reichskanzler dankt für Glückwünsche

Berlin, 20. Febr. Dem Reichkanzler Hitler sind anlässlich seiner Ernennung aus dem In- und Ausland so zahlreiche Glückwünsche zugegangen, daß es unmöglich ist, sie alle einzeln zu beantworten. Der Reichkanzler spricht deshalb auf diesem Wege allen denen, die seiner gedacht haben, seinen tiefempfindenden Dank aus.

In den letzten Tagen haben zahlreiche Vereine, Verbände usw. an Reichkanzler Adolf Hitler die Bitte gerichtet, den Ehrenvorsitz der ihnen zu übernehmenden Kongresse, Ausstellungen und ähnlichen Veranstaltungen zu eröffnen oder an ihnen teilzunehmen. Aus grundsätzlichen Erwägungen möchte Reichkanzler Adolf Hitler im allgemeinen davon Abstand nehmen derartigen Bitten zu entsprechen. In der heutigen, besonders arbeitsreichen Zeit würde es auch dem Reichkanzler gar nicht möglich sein, häufig an Veranstaltungen dieser Art teilzunehmen. Reichkanzler Adolf Hitler wird jedoch selbstverständlich den Beteiligungen aller Organisationen, die ihm unterstützungswürdig erscheinen, sein Interesse entgegenbringen und sie fördern, soweit es ihm möglich ist.

### Politische Zusammenstöße

Ein Nationalsozialist seinen Verletzungen erlegen

Berlin, 20. Febr. Der Nationalsozialist von der Ahe, der in der Nacht zum Samstag in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg von Kommunisten angefallen und durch einen Dolchstoß schwer verletzt worden war, ist im Krankenhaus gestorben.

Schlägerei in Chemnitz

Chemnitz, 20. Febr. Während eines von der NSDAP im benachbarten Erlenschlag veranstalteten Umzuges entstand eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Ein Reichsbannermann wurde durch einen Messerstoß so schwer verletzt, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb.

Politische Zusammenstöße in Hildesheim

Hildesheim, 20. Febr. In Hildesheim wurde am Sonntag nachmittag ein Verbrüderung der Nationalsozialisten aus dem Volkshaus beschloffen. Die Nationalsozialisten drangen in das Volkshaus ein und es kam zu Zusammenstößen, in deren Verlauf ein Nationalsozialist durch einen Dolchstoß schwer verletzt wurde.

Kommunist bei einer Schlägerei getötet

Frankfurt a. M., 20. Febr. Im Stadtteil Rodenheim wurden bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zwei Kommunisten durch Schüsse schwer verletzt. Einer der Verletzten, Johannes Klinger aus Söfelenheim, ist an den Folgen des erhaltenen Schußwundes gestorben.

Politische Schlägerei in Wuppertal

Wuppertal, 20. Febr. In der Nähe des Rathensvorplatzes kam es zwischen Angehörigen der Eisernen Front und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei und Schlägerei. Soweit festgestellt werden konnte sind elf Personen durch Schüsse bzw. Schläge verletzt worden. Neun Personen wurden dem Krankenhaus zugeführt. Einige schweben in Lebensgefahr.

Zusammenstöße in Bad Döberau

Bad Döberau, 20. Febr. Die Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten in Bad Döberau hat ein Todesopfer gefordert. Der Reichsbannermann Hans Wulf aus Bad Döberau wurde durch einen Herzstoß sofort getötet. Die in die Klosterruine eingelieferten 11 Verwundeten haben sämtlich Schussverletzungen erlitten. Die schweren Zwischenfälle sind entstanden als von einem sozialdemokratischen Demonstrationzug schwere Beschimpfungen gegen den Reichkanzler ausgehen wurden. Der Reichsbannerleiter unter Führung des Stadtverordneten Franz Kitzinger sah auf einige aus Rostock von einem Aufmarsch zurückstreichenden SA-Leute, worauf sich die folgenschwere Schlägerei entwickelte.

### Japan verläßt Genf

Tokio, 20. Febr. Das japanische Kabinett hat beschlossen, die japanische Delegation aus Genf zurückzuziehen und die notwendigen Schritte für einen eventuellen Austritt Japans aus dem Völkerbunde zu treffen, falls die Völkerbundsversammlung den Bericht des Neunzehnernausschusses am nächsten Samstag annimmt. Eine japanische Gegenerklärung soll als Antwort auf die Entscheidung der Völkerbundsversammlung abgegeben werden. Genauere Angaben über den Zeitpunkt des Austritts sind nicht gemacht worden.

Japans Drohung ernst

Genf, 20. Febr. Der Führer der japanischen Delegation hat, wie verlautet, die Wahrung erhalten, die Völkerbundsversammlung zu verlassen, wenn der Schlichterbericht zu dem mandchurischen Konflikt und die Empfehlung des Völkerbundsorgans Annahme findet. Ferner soll er ermächtigt sein, zu erklären, daß Japan unter Einhaltung der zweijährigen Frist die Mitgliedschaft am Völkerbund kündigt. An der Abrüstungskonferenz will Japan weiterhin teilnehmen. Die Völkerbundsversammlung, die über den Streitfall berät, tritt am Dienstag nachmittag zusammen.

Japan schlägt eine neutrale Zone an der Großen Mauer vor

Tokio, 20. Febr. (Kenter.) In Kreisen des auswärtigen Amtes läßt man an, daß Japan wahrscheinlich in Kürze in Peking und Kanton den Vorstoß machen werde, die chinesischen Truppen sollten aus der Provinz Tschol zurückgezogen und eine neutrale Zone in beiden Enden der Großen Mauer geschaffen werden.

### Der französische Beamtenstreik

Paris, 20. Febr. Der Streikteil der Beamten und Angestellten verlief bisher ohne bemerkenswerte Zwischenfälle. Im Sitzungsbericht zeigte sich kaum eine Besserung und auch der Verkehr streikte sich so gut wie gar nicht bemerkbar. Postbestellungen gingen hier und da verspätet ein. Der Telefon- und Telegrammverkehr war in den Vormittagsstunden zeitweilig unterbrochen. Telefonanrufe von außerhalb wurden weitergeleitet, solche aus innerhalb unerledigt gelassen. Paris machte in den letzten Tagen einen sonntäglichen Eindruck. Fast alle Geschäfte hatten geschlossen und Autokurs in den Schaufenstern angebracht, in denen gegen die neuen Steuermaßnahmen protestiert wird und durchdringende Sparmaßnahmen und Steuererleichterung gefordert werden. Ein großer Teil der Kaffeehäuser und Lebensmittelgeschäfte hatte ebenfalls geschlossen.

Bei allen diesen Maßnahmen handelt es sich insgesamt um eine Generalprobe. Die verabschiedeten Sondiersteuern sind fest entschlossen, zum ausgedehnten Generalkrieg überzugehen, falls die vom Finanzminister des Senats vorgelegten Steuermaßnahmen durch Annahme in der Kammer Gesetzeskraft erhalten.



Der Besuch Rodolfs in Berlin

Berlin, 20. Febr. Der Führer der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz, Vizepräsident Rodolfs, ist in Berlin im Gespräch mit dem Reichsaußenminister und dem Reichswehrminister eingetroffen. Im Hinblick auf diese Besprechungen ist die für Montag angelegte Kabinetsitzung auf Dienstag nachmittags verschoben worden.

Der Luftfahrtausgleich weicht der Entscheidung aus

Genf, 20. Febr. Der Luftfahrtausgleich, den der Hauptausgleich der Abrüstungskonferenz kürzlich eingeleitet hat, trat zusammen. Deutschland ist wieder durch Ministerialdirektor Braun und den ehemaligen Leiter der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums, vertreten. Frankreich hat den Luftfahrtminister Cot, England seinen Luftfahrtminister Londonderry entsandt.

Der Verlauf dieser Diskussion ergab einwandfrei, daß die Mehrheit bei einer sofortigen Entscheidung darüber, ob die Militärluftfahrt unter der Reglementierung der Zivilluftfahrt allgemein verboten und das Luftbombardement allgemein abgeschafft werden soll, auch weiterhin wie in der ersten Phase der Abrüstungskonferenz aus dem Wege gehen will.

Neues vom Saue

Reichsverkehrsminister prophezeit Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer

Berlin, 20. Febr. Den Abschluß der 30. Hauptversammlung des Allg. Deutschen Automobilclubs (ADAC) bildete eine öffentliche Kundgebung im Herrenhaus, bei der Reichsverkehrsminister Freiherr von Helldorf in einer Ansprache u. a. ausführte: Ich hoffe bestimmt und glaube es zulagen zu können, daß wir zum 1. April eine gewisse Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer erreichen werden.

Kudell der NSDAP, beigetreten

Berlin, 20. Febr. Wie die „DZ“ erzählt, ist der frühere Reichsinnenminister, Dr. von Kudell, der NSDAP, mit der ihn auf Grund seiner langjährigen Grenz- und Volkstumarbeit bereits enge Beziehungen verbunden, nunmehr offiziell als Mitglied beigetreten.

Zwei sozialdemokratische Bürgermeister in Thüringen des Amtes entbunden

Weimar, 20. Febr. Das thüringische Innenministerium hat den Bürgermeister Stein in Dippach (Bezirk Eisenach) und den Bürgermeister Kreuzer in Schweina bei Bad Liebenstein vorläufig ihres Amtes entbunden. Es wird gegen beide Bürgermeister, die der SPD angehören, ein Disziplinarverfahren wegen verschiedener Verfehlungen eröffnet werden.

Vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Berlin, 20. Febr. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hielt in Berlin seine Bundesgeneralversammlung ab, auf der der Kurs des Reichsbanners für die künftige Zeit festgelegt wurde. Der Vorsitzende der SPD, Wels überbrachte die Grüße seiner Partei. Nach Annahme eines neuen Satzungsentwurfes wurde der Bundesvorstand gewählt. Erster Vorsitzender wurde wieder Höltermann, zweiter Bundesführer der bisherige Vorsitzende von Chemnitz, Hofmann.

Zangara zu 80 Jahren Zuchthaus verurteilt

Miami, 20. Febr. Giuseppe Zangara, der den Anschlag auf den neuwählten Präsidenten Roosevelt verübte, ist am Montag zu einer Zuchthausstrafe in Höhe von 80 Jahren verurteilt worden. Dieses Urteil schließt nicht die Anklagen wegen des Anschlages an Bürgermeister Cermat und Tom Gill ein.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 21. Februar 1933.

Amliches. Uebertragen wurde je eine Lehrstelle an der evangelischen Volkshule in Dietersweiler Oberamt Freudenstadt dem Lehrer Otto Straub in Leisingen O.A. Rottenburg; Wilhelm O.A. Besigheim dem Hauptlehrer Kuhn in Enzthal-Enzliösterle.

Der Hausfrauenverein hielt gestern Abend seine Monatsversammlung ab. Frau Beeh begrüßte die Anwesenden und erteilte dann Herrn Megger von der Fa. Hammer Seifenfabrik Heilbronn das Wort. Herr Megger hielt einen interessanten Vortrag über die Herstellung der Seife hauptsächlich aus verschiedenen Pflanzenölen, so der Seipalme, die viel in unseren früheren Kolonien Kamerun und Togo angebaut ist.

Sichere dein Wahlrecht! Die Wählerlisten liegen in dieser Woche aus. Abgegeben von Reichsdeutschen mit Wohnsitz im Ausland und See- und Binnenfahrern, für die Sonderbestimmungen getroffen sind, können nur solche Reichsangehörige zur Reichstagswahl zugelassen werden, die in einer Wählerliste oder Wahlkarte eingetragen sind.

Hallwangen, 18. Februar. (Schülerabend der Landwirtschaftsschule Nord.) Die Landwirtschaftsschule Nord hielt ihren heutigen Schülerabend für unseren Bezirk heute nachmittags im Gasthaus zur „Mühle“ hier ab und war derselbe von hier und den Nachbarorten recht zahlreich besucht.

Freudenstadt, 21. Februar. (Nun können die Deutschen Stimeisterchaften stattfinden!) Nachdem es am Freitag gescheit und am Samstag weitere Schneefälle erfolgten, können die Deutschen Stimeisterchaften, acht Tage später als ursprünglich angelegt, also vom 24. bis 27. Februar stattfinden.

Freudenstadt, 20. Februar. In einer in den letzten Tagen hier stattgefundenen Generalversammlung des Haus- und Grundbesitzervereins, in der Architekt Scharff Bericht erstattete, stellte er in Aussicht, daß in diesem Jahr schwere Kämpfe stattfinden würden.

Freudenstadt, 20. Februar. (Kundgebung der SPD und der Gewerkschaften.) Am Samstagabend hatten die SPD und die Gewerkschaften zu einer antifaschistischen Kundgebung in der Festhalle in Freudenstadt eine Versammlung einberufen. Zuvor versammelten sie sich auf dem Marktplatz, um geschlossen durch die Stadt nach der Turnhalle zu marschieren.

am Marktplatz, um geschlossen durch die Stadt nach der Turnhalle zu marschieren. Obwohl die SPD schriftlich der Polizei ihr Versprechen abgegeben hatte, nicht am Zuge teilzunehmen, hatte sie sich ebenfalls aufgestellt. Die Polizei war deshalb gezwungen, den kommunistischen Trupp gewaltsam aufzulösen, wobei der Führer der Freudenstädter SPD, verhaftet wurde.

Berndorf, 20. Februar. Unter Leitung von Landrat Lempp fand gestern hier die Ortsvorsteherwahl statt. Dabei wurde Stadt. Obersekretär Wilhelm Müller von Oberndorf mit 168 Stimmen von 248 gültig abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt. Der Gegenkandidat August Leuch, Verwaltungspraktikant, erhielt 80 Stimmen.

Schwenningen, 20. Februar. (Zahlungseinstellung.) In trauriges Bild. Die Fa. B. B. B. Chem. Fabrik hier, hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Bildwerk ist eine der größten Schuberemfabriken. Die Zahlungsschwierigkeiten reichen auf verschiedene Monate zurück.

Geislingen a. St., 20. Februar. (Ein Rehbock als Kamerad.) Kommt da am Freitag der Hansbauer Schmidt vom Steinertal nach Geislingen, und was Lust ihm da nach wie ein Hündlein: ein Rehbock. Getreuzottel er mit seinem Freund, dem Dackel, hinterdrein, klammert sich weder um Menschen noch um anderes Getier und geht zum Schoppen in die Wirtschaft mit.

Stuttgart, 20. Febr. (Reit- und Springturnier.) Die Ausschreibungen für das vom 17. bis 19. März dz. Ja. in der Stadthalle in Stuttgart stattfindende große Reit- und Springturnier wurden vom Schwäbischen Reiterverein veröffentlicht. Neben den üblichen Material-, Eignungs- und Dressurprüfungen bis zur schweren Klasse sind wieder eine Anzahl bedeutender Jagdspringen vorgesehen, die sich an die beste Klasse der im Reiche vorhandenen Springpferde wenden.

Stuttgart, 20. Febr. (Württ. Seidenbauverein.) Der Württ. Seidenbauverein veranstaltet am Sonntag, den 26. Februar, im Hotel Zentral hier seine diesjährige vierte Generalversammlung.

Bauunfall. Bei dem Dohlenbau auf dem Steinbaldenfeld wurde ein 31 Jahre alter Arbeiter aus Cannstatt von einem schweren Betonrohr an die Grabenwand gedrückt. Der Mann erlitt eine Gehirnerschütterung, sowie eine Quetsch- und Rißwunde am Kopf.

Württembergische Volksbühne. Als Nachfolger des nach Erwerb der Intendanten Hans Herbert Michels hat der von der Gesellschafterverammlung beauftragte und ermächtigte Vorstand der Württ. Volksbühne GmbH, in Stuttgart unter den zahlreichen Bewerbern den Direktor Otto Schwarz berufen und mit der künstlerischen und wirtschaftlichen Leitung der Württ. Volksbühne in vorläufiger Weise betraut.

Stuttgarter Künstlerfest. Unter dem Motto: „Seltsame Reise“ findet am Samstag, den 25. Februar 1933, im Kunstgebäude am Schloßplatz zur Unterhaltung bildender Künstler das diesjährige Künstlerfest statt.



**Untertürkheim, 20. Febr. (Fabrikbrand bei Daimler — 200 000 RM. Schaden.)** In der Tank- und Ladieranlage der Daimler-Benzwerke hier ist Montag früh auf bis jetzt noch nicht einwandfrei aufgeklärte Weise ein Brand entstanden. In der genannten Abteilung werden Kotflügel mit Bor- und Radial behandelt. Sie gelangen zu diesem Zweck am laufenden Band durch zwei große Trockensöfen, von denen einer völlig ausgebrannt ist. Während der Gebäudeschaden verhältnismäßig gering blieb, soll sich der Schaden an Wertanlagen auf etwa 200 000 RM. belaufen. Dem sofortigen Eingreifen der Fabrikfeuerwehr, die das Feuer im Schaumlöschverfahren bekämpfte, ist es zu verdanken, daß der Brand keinen größeren Umfang annehmen konnte.

**Leonberg, 20. Febr. (Berlegung der CCR.)** Die seit Jahren hier anläßliche CCR-Bauparlasse, Creditgenossenschaft des Christl. Rotbundes zur gegenseitigen Hilfe G.m.b.H., beschließt, ihre Verwaltung nach Stuttgart zu verlegen. Es werden in den Geschäftsräumen der CCR. 28 Angestellte beschäftigt.

**Sadnang, 20. Febr. (Tödlicher Motorradunfall.)** Am Sonntag wohnte Hauptlehrer Reger einer Tante in Stuttgart bei. Abends fuhr er als Sozius auf dem Motorrad seines Neffen Albert Reger wieder nach Sadnang zurück, aber schon in Cannstatt erfolgte an einer Kreuzung ein Zusammenstoß mit einem Auto, wobei beide vom Motorrad geschleudert und schwer verletzt wurden. Noch am Abend erlag Hauptlehrer Reger dem erlittenen Schädelbruch.

**Wiesentien, 20. Febr. (Wiedergewähl.)** Bei der Bürgermeisterwahl wurde der bisherige Bürgermeister Holzschuh mit 518 Stimmen gegen 153 Stimmen, die der einzige Gegenkandidat Dr. Klingler-Heilbronn erhielt, wiedergewählt.

**Wädswil, 20. Febr. (Grauiges Ungeheuer.)** Mühlenbesitzer Linf in Zimmern bei Adelsheim kam beim Delen der Transmission zu nahe. Es wurden ihm dabei die Hüfte vom Kumpf gerissen, die herunterfielen, während der Körper über hängen blieb. Der Bedauernswerte wurde buchstäblich zu Tode gemartert.

**Hall, 20. Febr. (Seldte kommt.)** Der erste Bundesführer des Stahlhelms, Reichsarbeitsminister Franz Seldte, wird am 11./12. März anläßlich einer Besichtigung der Stahlhelm-Formationen des Gau's Hohenlohe nach Hall kommen.

**Schutterwald, 19. Febr. (Brand.)** In den zusammenhängenden Wohn- und Oekonomiegebäuden der Witwe Ludwig Föhrenbach brach abends Feuer aus, das das ganze Anwesen zerstörte. Das Vieh und ein Teil der Haarnisse konnten gerettet werden. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 17 000 RM. und ist durch Versicherung gedeckt. Die Brandursache ist noch unbekannt.

**Sohnkust, 19. Febr. (Schadenfeuer.)** Die Oekonomiegebäude des Gemeindevorstehers Jakob Kofschberger sind abgebrannt.

**Reutlingen, 20. Febr. (Bundesjugendtag.)** Der Württ. Evang. Jungmännerbund zählt weit über 200 Jungmänner in seinen 450 Vereinen. Am Himmelfahrtstag (25. Mai) soll in Reutlingen wieder einmal ein Bundesjugendtag stattfinden unter der Leitung von Jungmännerwart Rühlstein. Kirchenpräsident D. Wurm hat sein Kommen zugesagt. Etwa 1000 Bläser werden erwartet.

**Ohmenhausen, 20. Febr. (Grippe-Epidemie.)** Die Grippe-Epidemie wirkt sich hier in verstärktem Maße aus. Nach ärztlicher Aussage sind es weit über 100 Personen, die von dieser Krankheit befallen sind.

**Liebenzell, 20. Febr. (Stadtvorstandswahl.)** Infolge der Zurücklegung des bisherigen Amtsinhabers ist die Stadtvorstandswahl frei. Die Wahl findet am Samstag, 18. März, statt.

**Mühlhausen a. N., 20. Febr. (Zwangsvorsteigerung.)** Das Anwesen des Gastwirts Wilhelm Schaufele hier wurde in der Zwangsvorsteigerung um 23 100 RM. an den Meistbietenden, Bierbrauerei Walle AG, Stuttgart, abgegeben. Das Anwesen hat einen Verkaufswert von etwa 30 000 RM.

**Vielzheim, 20. Febr. (Tunges Ehepaar an Gasvergiftung gestorben.)** Samstag nacht nahm sich der erst seit drei Wochen verheiratete in den 20er Jahren stehende Kaufmann Schaubel in der Küche seiner Wohnung mit Gas das Leben. Seine Frau, die kein Vorhaben merkte, wollte ihn offenbar retten, fiel aber über ihren Mann und erlag ebenfalls der Gasvergiftung. Beide wurden am andern Morgen tot aufgefunden. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Die Gründe für die Tat sind nicht bekannt.

**Beßigheim, 20. Febr. (Wer hat ein Auto verloren?)** Zwischen Freudental und Pöhlgau wurde am Freitag vormittag ein herrenlos an der Straße stehendes Auto aufgefunden. Der Kühler war eingetroten, der Zylinder geplatzt; der Wagen mußte abgeschleppt werden. Nachforschungen haben ergeben, daß der Wagen nach Tübingen gehört.

**Schmallegg, 20. Febr. (Brand.)** Am Sonntag brach in dem einzeln gelegenen, zusammengebauten zweistöckigen Wohn- und Oekonomiegebäude des Landwirts Anton Paer in Untermaisberg Feuer aus, wobei das Oekonomiegebäude binnen kurzer Zeit bis auf die unteren Umfassungsmauern niederbrannte.

**Som Ries, 20. Febr. (Ertöten.)** Der 71 Jahre alte Händler Michael Mütter von Hünfetten wurde in der Nähe von Somersheim ertötet aufgefunden.

**Ulm, 20. Febr. (Tödliches Spiel.)** Am Freitag blühte ein junger Mann in Ulm beim Hantieren mit einer Schusswaffe das Leben ein. Der 18 Jahre alte Arbeitslose, Angehöriger einer politischen Jugendgruppe, kam in den illegalen Besitz einer neuen Selbstladepistole. Die Waffe entlud sich und ein Geschöß drang dem jungen Mann in die Brust. Er war bald darauf tot.

### Letzte Nachrichten

**Verbot der „Münchener Neuesten Nachrichten“ bei der bayerischen Regierung beantragt**

Die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen  
München, 20. Februar. Zu einem Antrag der Reichsregierung, die „Münchener Neuesten Nachrichten“ auf drei Tage zu verbieten, hat die bayerische Regierung aufgrund des § 10 Absatz 3 der Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar die Entscheidung des zuständigen Senates des Reichsgerichts angerufen.

Der Reichsfinanzminister gegen die 50-Pf.-Krankenscheingebühren  
München, 20. Februar. Der Antrag der Reichsregierung, die „Münchener Neuesten Nachrichten“ auf drei Tage zu verbieten, läßt sich, wie das Blatt mitteilt, auf die Bemerkung in seiner Samstagausgabe, durch die Stellungnahme Adolf Hitlers sei der Antrag auf Aufhebung der 50-Pfennig-Krankenscheingebühr zu Fall gekommen.

Diese Meldung wurde, wie bekanntlich, amtlich sofort dementiert. Der „Völkische Beobachter“ schreibt in dieser Angelegenheit in seiner Münchener Ausgabe vom Montag u. a.: „Richtig ist, daß Adolf Hitler mit einer seitens des zuständigen Ministeriums vorgelegenen haben die Vorlage an das betreffende Ministerium zurückverwies zwecks Beibringung der Unterlagen für die von ihm geforderte ganze Lösung d. h. für völlige Streichung der 50-Pfennig-Gebühren.“

**Reichsfinanzminister Hitler wieder in Berlin**

Berlin, 20. Februar. Reichsfinanzminister Hitler ist heute kurz vor 1 Uhr mit dem Flugzeug von Köln kommend auf dem Tempelhofer Flugplatz gelandet.

Die columbianische Gesandtschaft in Lima geplündert  
Lima, 20. Februar. Der columbianische Gesandte Lozano ist mit seiner Familie im Flugzeug aus Lima hier eingetroffen. Er erklärte, peruanischer Vöbel sei in die columbianische Gesandtschaft eingedrungen und habe das Gebäude einschließlich des Weinkellers ausgeplündert. Die Archive seien jedoch in Sicherheit.

**Schorben**

Neuenbürg: Oskar Schroth, Friseur.  
Calw: Maria Kaiser geb. Kälin, Mutter von Frau Apotheker Knoer, 75 Jahre alt, infolge Herzschlag.

**Wetterwärtliches Wetter für Mittwoch**

Hochdruck im Norden wirkt nun in schwächerer Nähe auf die Gestaltung der Wetterlage ein. Für Mittwoch ist zwar zeitweilig aufheiterndes, aber noch nicht beständiges, im Schneefällen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der B. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig  
Verantwortlich für die Schriftleitung: P. Laub.

**Städt. Forstverwaltung Altensteig.**



**Brennholz-Verkauf.**

Am Montag, den 27. Februar 1933, nachmittags 4 Uhr verkauft die Stadtgemeinde Altensteig auf dem Rathaus in Altensteig

aus Stadtwald Hagwald, Abt. Forch/nbusch, Obere, Mittlere und Untere Mühlhalde, Kohlplatte, Kottwitzer, Lendengrund, Sohl, M.H., Hinternagwald, Engwald, Walzenreich, Salzenhütte und Eberswald:

**6 Rm. Buchen, 367 Rm. Nadelholz-Anbruch, unter Letzterem 21 Rm. mit Schindelholz im Walzenreich.**

Losverzeichnisse auf dem Bürgermeisteramt Altensteig.

**Bestellungen**

auf

**Saatkartoffeln**  
**Saatgetreide**  
**und Sämereien**

wollen raschmöglichst abgegeben werden.

**Kaufstelle Lagerhaus**  
**Ebhansen, Telefon 17.**

Ein- bis Zweizimmer-  
**Wohnung**

mit Küche auf 1. März in Altensteig gesucht.

Angebot unter N. B. 9099 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Donnerstag, 23. Februar**  
**Fahrt nach**  
**Stuttgart**

Abfahrt 7.30 Uhr.  
Anmeldungen im Gasthof Grüner Baum, Telefon 20.

Ein größeres Quantum  
**Fichtenspalt-**  
**Holz**

forvie  
**eichene Spälter**

hat preiswert zu verkaufen]  
**Gustav Frey, Altheimberg**

Telephon-Amt.

**Hornberg — Oberkollwangen.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am **Donnerstag, den 23. Februar 1933**

im Gasthaus zum „Hirsch“ in Hornberg stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

|  |  |
|--|--|
| <b>Joh. Georg Wurster</b><br>Sohn des<br>+ Friedrich Wurster<br>Hornberg | <b>Christine Stoll</b><br>Tochter des<br>Philipp Stoll<br>Oberkollwangen |
|--|--|

Kirchgang um 12 Uhr.

Altensteig-Dorf.

**Danksagung.**



Heimgekehrt vom Grabe unseres lieben, teuren Entschlafenen

**Friedrich Klaiß**

drängt es uns, Allen unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Insbesondere danke ich den Herren Roller für ihre liebevolle Teilnahme und Ehrung, sowie für die Kranzspende seiner Arbeitskollegen und den ehrenden Nachruf und Kranzniederlegung der Feuerwehr, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer, den erhabenden Gesang des Mädchenchors mit ihrem Herrn Dirigenten und der ganzen Gemeinde.

Die trauernde Gattin:  
Anna Klaiß mit Angehörigen.

**MEYERS**  
**KLEINES**  
**LEXIKON**

8., neubearb.  
Ausgabe 1931/32

3 Bände und 1 Atlas-Ergänzungsband.  
70 000 Stichwörter und Artikel mit rund 5000 Bildern, 280 großen, s. T. mehrfarbigen Tafeln und Karten; der Atlasband enthält außerdem 238 Haupt- und Nebenkarten.

*Das modernste*  
*vollständige Lexikon*

Jeder Band in Lw. 23 RM., in Halbled. 26 RM.  
Bei Rückgabe eines nach 1932 erschienenen 5-bändigen Lexikons in Lw. 26,50 RM., in Halbled. 29,50 RM.

„In drei Bänden soviel wirklich erschöpfende Artikel aus allen Wissensgebieten, soviel große Bilder, Tabellen u. Übersichten unterzubringen, wie es im Kleinen Meyer geschehen ist, das wird Ihnen so leicht kein anderer Verlag nachmachen.“ Prof. Dr. Karolus, Leipzig.

Zu haben in der Buchhandlung Lauk  
Altensteig und Nagold

**Herzogsweiler — Grömbach.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

am **Donnerstag, den 23. Februar 1933**

im Gasthaus zum „Waldhorn“ in Herzogsweiler stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

|   |  |
|---|--|
| <b>Georg Schurr</b><br>Sohn des<br>+ Joh. Gg. Schurr<br>Landwirt<br>Herzogsweiler | <b>Marie Frey</b><br>Tochter des<br>Friedrich Frey<br>Landwirt<br>Grömbach |
|---|--|

Kirchgang um 1 Uhr in Herzogsweiler.

Altensteig.

**Trockenes Brennholz**

liefert beigeleitet

**Hans Fezer, Sägewerk.**